

Titus Engelschall
The Immigrant Strikes Back

Spuren migrantischen Widerstands in den 60/70er-Jahren

Ist von ArbeitsmigrantInnen in den 60/70er-Jahren die Rede, herrscht das Bild des ›stummen, anspruchlosen Gastarbeiters‹ vor. Der Versuch, einen anderen Blick auf die Geschichte zu werfen, lässt aus dieser grau schimmernden Oberfläche die Konturen treten, die das differente Motiv selbstorganisierter Kämpfe von MigrantInnen gegen die rassistischen Lebensverhältnisse in der BRD umreißen. Offiziell begann die Anwerbung migrantischer Arbeitskräfte im Jahr 1955 mit dem Anwerbeabkommen mit Italien. Bis zum Anwerbestopp 1973 kamen im Rotationsverfahren 14 Millionen ›Gastarbeiter‹ in die BRD, von denen die Mehrzahl wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehrte. Im Jahr 1973 arbeiteten 2,6 Millionen MigrantInnen in der BRD, davon 30 Prozent Frauen. Es gehörte zur Programmatik der bundesdeutschen ›Gastarbeiterpolitik‹, dass die MigrantInnen, nachdem sie den deutschen Reichtum gemehrt hatten, postwendend in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollten. Als flexible Reservearmee für ungelernete Tätigkeiten angeworben, wurden sie in den Arbeitsmarkt integriert, um gleichzeitig langfristig ausgeschlossen zu werden (vgl. Wallerstein 1991: 109). Die ›billigen‹ Arbeitskräfte wurden in erbärmlichen werkseigenen Wohnbaracken untergebracht und mussten in den arbeitsintensiven und gesundheitsgefährdenden Arbeitsbereichen der Industrie monotone Arbeiten verrichten, wofür sie im Vergleich zu den einheimischen ArbeiterInnen einen kargen Lohn erhielten. Ein rigides Ausländergesetz, das auf der Ausländer-Polizeiverordnung von 1938 basierte, wachte über die Nützlichkeit der MigrantInnen für die deutsche Wirtschaft. Es bestimmte, dass nur diejenigen eine Aufenthaltsgenehmigung erhielten, die sich der »ihnen gewährten Gastfreundschaft würdig erweisen«. Bei Verlust des Arbeitsplatzes, widerständigem Verhalten oder politischer Betätigung mussten MigrantInnen jederzeit mit ihrer Ausweisung rechnen (vgl. Dunkel/Stramaglia-Fraggion 2000: 46-52). Schon zu Beginn der 60er-Jahre begannen sich die ArbeitsmigrantInnen durch wilde Streiks, d.h. ohne Absprache mit den Gewerkschaften, gegen ihre inferiore Position zur wehren: Sie setzten sich für bessere Arbeitsbedingungen, vermindertes Arbeitstempo und höhere Löhne ein. Sie forderten ein Ende der Entrechtung und der alltäglichen rassistischen Diskriminierung durch die deutschen Vorgesetzten. Auch die menschenunwürdige Unterbringung in den Wohnheimen inklusive zahlreicher Schikanen und Bevormundungen durch die Hausordnung und den Hausmeister waren immer wieder Anlass für Protestaktionen (vgl. Eryilmaz 1998: 175).

Wenn hier von migrantischem Widerstand gesprochen wird, ist das Handeln von Migrant-

Innen gemeint, das sich im weitesten Sinne gegen die herrschende rassistische Diskriminierung richtet und die rassistische Ordnung verletzt. Genauso wie sich Rassismen nicht immer durch eindeutige rassistische Handlungen und Artikulationen äußern, muss sich migrantischer Widerstand nicht immer explizit gegen Rassismen richten, sondern kann auch Teil anderer sozialer Kämpfe sein (vgl. Bojadžijev 2002: 19f.). Demnach werden viele Formen des praktizierten Widerstandes historisch nicht notwendigerweise als ausdrücklich antirassistische Praktiken aufgeführt. Bei den hier beschriebenen Beispielen des Widerstandes von MigrantInnen handelt es sich um gesellschaftliches Agieren, das im Zusammenhang mit dem rassistischen Ausschluss aus der bundesdeutschen Gesellschaft Teil von migrantischen Selbstbehauptungs- und Überlebensstrategien ist. Gerade die juristische Kategorisierung und Objektivierung von MigrantInnen als ›Gastarbeiter‹ am unteren Ende der gesellschaftlichen Hierarchie konstituierte ihre soziale Position und damit das Koordinatensystem, in dem sich bis heute ihr Widerstand entwickelt.

Flucht und Communities – Wege, sich gegen die Rassismen zu wehren

Viele MigrantInnen reagierten auf die Diskriminierungen in den Betrieben und in der Gesellschaft, mit denen sie nach ihrer Ankunft in der BRD konfrontiert waren, indem sie postwendend zurück in ihre Herkunftsländer flüchteten. Viele waren mit großen Hoffnungen und Wünschen in die BRD gekommen. Die Gründe, den Gang in die Ferne zu wagen, waren unterschiedlich: Viele träumten von einem besseren Leben, wollten der Armut, den einengenden familiären und politischen Verhältnissen ihrer Herkunftsländer entfliehen, oder ihre Abenteuerlust trieb sie gen Norden (vgl. Dunkel/Stramaglia-Fraggion 2000: 62-69). Das in der BRD tradierte, stereotype Bild von unqualifizierten Menschen aus ärmlichen, bäuerlichen Regionen, die in der ›modernen‹ BRD ankamen, deckt sich kaum mit der Realität. Die meisten ›Gastarbeiter‹ gehörten zu den besser qualifizierten ArbeiterInnen ihrer Länder. Die Vorstellung vom ›rückständigen Gastarbeiter‹ ist demnach vielmehr ein Produkt der sozialen Unterprivilegierung und der den MigrantInnen exklusiv zugewiesenen dreckigen und gesundheitsschädlichen Tätigkeit in den Betrieben. Beides wurde erst im bundesdeutschen Diskurs zu einer kulturellen Besonderheit der ›Gastarbeiter‹. Schon die menschenunwürdige Anwerbeprozedur in den deutschen Vermittlungsstellen, wo die potenziellen ArbeitsmigrantInnen von deutschen AmtsärztInnen auf ihre ›Arbeitsfähigkeit‹ peinlich genau untersucht wurden, sowie die anschließenden Transporte in überfüllten Zügen und Bussen gen Deutschland gaben den MigrantInnen einen Vorgeschmack auf ihre niedere Stellung in der bundesdeutschen Gesellschaft. Angesichts der erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen wurden ihre

44

Rassistischer
Alltag|
Disothek in
Gelsenkirchen
1974

CLUB

*Für Ausländer
Zutritt
VERBOTEN*

oft idealisierten Vorstellungen von einem Leben in der BRD schnell bitter enttäuscht. Viele MigrantInnen waren von den Verhältnissen regelrecht geschockt. So kehrten beispielsweise 20 Prozent der italienischen ›Gastarbeiter‹ der Wolfsburger VW-Werke zwischen 1962 und 1975 bereits nach wenigen Tagen entsetzt nach Italien zurück. 60 Prozent erfüllten ihren einjährigen Arbeitsvertrag nicht (vgl. Oswald 1999:91).

Die ArbeitsmigrantInnen der Wolfsburger VW-Werke opponierten aber auch mit direkten Protestformen gegen ihre katastrophale Lebenssituation: Zu Beginn des Jahres 1963 fand in Wolfsburg ein eintägiger Streik im so genannten Italienerdorf statt, wie das von VW errichtete Barackenlager für die ArbeitsmigrantInnen genannt wurde, der sich explizit gegen die miserable Wohnsituation richtete. Der Streik wurde brutal mit Hilfe der Polizei niedergeschlagen. Anschließend entließ die Betriebsleitung 20 ArbeiterInnen fristlos, die man als ›Rädelsführer‹ des Streiks auszumachen glaubte. Auf 200 weitere ArbeiterInnen übte die Werksleitung massiven Druck aus, ihren Arbeitsplatz ›freiwillig‹ zu verlassen (vgl. Hildebrandt/Olle 1975: 11).

Eine andere Widerstandsform, sich den täglich erfahrenen Erniedrigungen, der gesellschaftlichen Ablehnung, subtiler oder offener Diskriminierung auf der Arbeit und dem Wohnungsmarkt sowie dem prekären Aufenthaltsstatus zu entziehen, bestand darin, eigene Communities aufzubauen. Auf der Basis der Selbstorganisation entstanden z.T. bis heute existierende Räume und Beziehungsstrukturen, in denen sich MigrantInnen als handelnde, politische Subjekte fühlen und sich teilweise den willkürlichen Zugriffen und Verordnungen der Ausländerbehörde entziehen konnten. Hier war es ihnen möglich, eine Wohnung zu finden, ohne rassistische Anmache einzukaufen, FreundInnen zu treffen, sich zu amüsieren oder zu verlieben (vgl. Ha 1999: 89f.). Der Gang in die ökonomische Selbstständigkeit mit dem Eröffnen des eigenen Ladens oder Restaurants war darüber hinaus oft die einzige Möglichkeit, dem miesen Job, dem deutschen Vorarbeiter und der Arbeitslosigkeit zu entfliehen, von der die ›Gastarbeiter‹ mit dem Beginn der Strukturkrise der westdeutschen Wirtschaft Mitte der 70er-Jahre besonders betroffen waren (vgl. Herbert 2001:237). Auch viele Arbeitervereine der 70er-Jahre und zahlreiche Sport- und Kulturvereine der 80er-Jahre sind unter diesen Gesichtspunkten als migrantische Organisationsstrukturen zu verstehen, die als Antwort auf die herrschenden Rassismen in der BRD migrantische Praxen der Selbstermächtigung darstellten.

1973 – im Jahr der wilden Streiks

Nichts schien man in der korporatistischen BRD mehr zu fürchten als eine ›kommunistische Infiltration‹, wie das aktive Einfordern der Arbeiterinteressen durch MigrantInnen diffamiert wurde (vgl. Schueler 1972). So verfolgte im Jahr 1973 die westdeutsche

Öffentlichkeit und Politik mit großer Besorgnis einer Welle von wilden Streiks in der Auto- und Stahlindustrie (vgl. Huth-Hildebrandt 1992: 6). Die migrantischen Arbeitskämpfe entzündeten sich in erster Linie an der spezifischen rassistischen Situation in den Betrieben und den Lebensbedingungen in den Wohnheimen und richteten sich somit gegen die ihnen exklusiv zugeschriebene inferiore soziale Lage in der Gesellschaft.

»Alle raus!« – Streik migrantischer Frauen in Pierburg/Neuss

Beim Betrachten des wilden Streiks in der Neusser Vergaserfabrik Pierburg im Jahr 1973 stechen zwei Punkte besonders ins Auge: Zum einen wurde der Streik maßgeblich von migrantischen Frauen initiiert und durchgeführt, zum anderen konnten sie ihre Forderungen größtenteils durchsetzen. Obwohl die Arbeitsverweigerung spontan begann, hatte sie eine lange Vorgeschichte. Die Geschäftsleitung von Pierburg hatte in ihrem Bemühen, die Arbeitskosten niedrig zu halten, im Rahmen der Anwerbeabkommen im großen Umfang Migrantinnen eingestellt. Diese wurden fast ausschließlich in der Fließbandfertigung beschäftigt, was eine besonders schmutzige, monotone und anstrengende Arbeit war. Darüber hinaus stellte Pierburg einen Modellfall für eine rassistische und sexistische Lohnhierarchie der Belegschaft dar: Bei gleicher Tätigkeit befanden sich die Migrantinnen auf der untersten Stufe der Lohn- und Beschäftigungsskala, darüber standen die wenigen deutschen Arbeiterinnen und dann folgten die männlichen Migranten. In den höheren Lohngruppen waren nur deutsche, männliche Facharbeiter zu finden (vgl. Kleff 1984: 148f.). Schon 1970 hatte es aus diesen Gründen eine spontane zweitägige Arbeitsniederlegung migrantischer und deutscher Frauen gegeben, mit der sie eine Lohnerhöhung erkämpften. 1973 bestanden zwei Drittel der Belegschaft aus ArbeitsmigrantInnen, von denen wiederum 70 Prozent (1700) Frauen waren. An den schlechten Arbeitsbedingungen und der mageren Entlohnung hatte sich für die migrantischen Frauen nichts geändert, was bei gleichzeitiger Verschärfung des Arbeitstempos in den Pierburg-Werken für wachsenden Unmut sorgte. Nach einem wilden Streik am 7. Juni 1973, an dem sich 500 bis 1000 Arbeiterinnen beteiligt hatten, verhandelte der Betriebsrat zwei Monate lang ergebnislos über eine Lohnerhöhung. Die Pierburg-Werke versuchten, Zeit zu gewinnen und sich mit Hilfe des Rotationsverfahrens der kämpferischen Arbeiterinnen zu entledigen. Daraufhin verteilten 300 migrantische Arbeiterinnen am 13. August vor den Werkstoren mehrsprachige Flugblätter, in denen sie die sofortige Abschaffung der niedrigsten Lohngruppe und eine Erhöhung des Stundenlohns um 1 DM forderten. Bei einem Bruttostundenlohn zwischen 4,70 DM und 5,70 DM für migrantische Arbeiterinnen wird die radikale Dimension der Forderung nach ca. 20 Prozent mehr Lohn ersichtlich. Die Betriebsleitung versuchte sofort, die Streikenden einzuschüchtern. Sie

rief die Polizei, und es kam zu den ersten Festnahmen, bei denen mehrere Streikende verletzt wurden. Doch die Wut war größer als die Angst vor den Repressionen: »Alle raus!« skandierten die Streikenden vor den Werkstoren und 600 ArbeiterInnen schlossen sich ihnen an. Nach der Frühstückspause stand die Produktion im gesamten Werk still. Am nächsten Morgen ging die Polizei wieder mit großer Brutalität gegen die Streikenden am Werkstor vor. Es gab mehrere Verletzte und weitere Festnahmen. Obwohl die Presse im bekannten rassistischen Ton wettete, der Streik sei »von außen initiiert« und ein »Ansatz zur Revolution«, legten, nachdem die Betriebsleitung jegliche Verhandlung mit den Streikenden abgelehnt hatte, auch deutsche Facharbeiter die Arbeit nieder. Dies ist eines der wenigen Beispiele für das punktuelle Durchbrechen der rassistischen Hierarchisierung in einem deutschen Werk. Die privilegierte deutsche Stammbesetzung unterstützte in der Regel den strukturellen Rassismus, von dem sie profitierte. Am 20. August beugte sich die Geschäftsleitung angesichts der großen Solidarität mit den Arbeitsmigrantinnen deren Forderungen: Wegfall der untersten Lohngruppe, Lohnerhöhung, Bezahlung der Streiktage und keine Entlassungen.

Dieser Streik war nicht geplant – Fabrikbesetzung der Kölner Fordwerke

Nur vier Tage später sollte es zu dem wohl bekanntesten und größten wilden Streik von ArbeitsmigrantInnen in den Ford-Werken in Köln/Niehl kommen. In Folge des Anwerbeabkommens mit der Türkei 1961 hatten die Kölner Ford-Werke in großer Zahl türkische »Gastarbeiter« eingestellt. Im Streikjahr waren rund 12 000 ArbeiterInnen, mehr als ein Drittel der Gesamtbelegschaft, türkischer Herkunft. An den Fließbändern in der äußerst arbeitsintensiven und gesundheitsgefährdenden Endmontage bestand die Belegschaft fast ausschließlich aus türkischen ArbeiterInnen, die dort unter miserablen Bedingungen bei niedrigster Entlohnung schufteten mussten. Im Frühjahr 1973 trug die migrantische Belegschaft ihren Unmut über die Arbeitsbedingungen und die Lohndiskriminierung gegenüber der deutschen Belegschaft an die Gewerkschaft heran. Doch die IG Metall und der Betriebsrat bei Ford ignorierten ihre Anliegen, denn obwohl 90 Prozent der MigrantInnen Mitglieder der IG Metall waren, schafften es nur wenige migrantische Vertreter gegen den Widerstand der Gewerkschaft in den Betriebsrat (Delp/Schmidt/Wohlfahrt 1974: 173).

Der Auslöser für die spontane Arbeitsniederlegung im August 1973 war die Entlassung von 500 türkischen ArbeiterInnen, die verspätet aus dem Jahresurlaub an ihre Arbeitsstellen zurückgekehrt waren. Während sich der migrantische Teil der Belegschaft auf einer Betriebsversammlung mit den entlassenen KollegInnen solidarisierte, befürworteten die meisten deutschen ArbeiterInnen lautstark die Disziplinarmaßnahmen und Ent-

48

Treffen der verschiedenen Art|

Bahnhöfe in den Städten waren anfangs Haupttreffpunkte migrantischer Arbeitnehmer in der Freizeit, im Wohnheim war dazu nur wenig Platz, Stuttgart 1973|Proteste in den Ford-Werken Stills von der *kanak-revue* in der Volksbühne 2002 in Berlin



49



lassungen. Sie hatten den Arbeitsethos von Disziplin und Pünktlichkeit internalisiert und ignorierten die besondere Situation der ›Gastarbeiter‹, die oft zehn Tage ihres vierwöchigen Jahresurlaubs für die Hin- und Rückreise benötigten – die einzige Möglichkeit im Jahr, die zurückgelassene Familie und FreundInnen zu sehen.

Als die Betriebsleitung am 24. August verkündete, die durch die Entlassungen anfallende Mehrarbeit auf die verbliebenen ›Gastarbeiter‹ umzuverteilen, kam es zur offenen Revolte: Ein aufgebrachter migrantischer Arbeiter schrie: »Kollegen, wie lange sollen wir uns das noch gefallen lassen?« Nach ein paar Minuten legte die gesamte Endmontagehalle die Arbeit nieder. Mit einem Protestmarsch durch das Werk wurden weitere Abteilungen in den Streik einbezogen und große Teile der Fabrik besetzt. Die Forderungen lauteten: Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen, Erhöhung des Stundenlohns um 1 DM, Herabsetzung der Bandgeschwindigkeit und Beendigung der rassistischen Bevormundung durch die deutschen Vorarbeiter.

Der Betriebsrat versuchte durch zaghafte Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, die Kontrolle über den wilden Streik zu bekommen, doch die MigrantInnen sahen in ihm verständlicherweise keinen legitimen Vertreter ihrer Interessen. Als ein Betriebsratmitglied zu den Streikenden sprach, wurde er ausgebuht und weggejagt. Es wurde ein Streikkomitee gewählt, das wie die Streikenden mehrheitlich aus MigrantInnen bestand. Im Gegensatz zur deutschen Gewerkschaftstradition wurde nicht »von zu Hause aus« gestreikt, sondern man besetzte die Produktionsstätten, organisierte die Lebensmittelversorgung, und der Streik nahm zu Beginn den Charakter eines großen Happenings an. Allerdings solidarisierte sich nur ein sehr kleiner Teil der deutschen Belegschaft, meist Lehrlinge und AushilfsarbeiterInnen, mit den streikenden MigrantInnen.

Nachdem sie sich vergeblich um die Kontrolle über den Streik bemüht hatten, nutzten der Betriebsrat und die IG-Metall die bestehende rassistische Spaltung der Belegschaft aus. Unter großer Beteiligung der deutschen ArbeiterInnen führte man eine Demonstration der ›Arbeitswilligen‹ durch, die ein Ende des Streiks und der Besetzung forderten. Zusehends änderte sich auch der Tenor in den Medien: Zeigte man anfangs noch Verständnis für die Anliegen der MigrantInnen, so hetzte die Presse nun mit rassistischen Überschriften wie »Türken-Terror bei Ford« und »Übernehmen die Gastarbeiter die Macht?« gegen sie. Der Diskurs drehte sich nun nicht mehr um die Forderungen des Streiks, sondern um einen imaginären kulturellen Machtkampf zwischen ›fremden, aufwieglerischen Kräften‹ und ›arbeitswilligen deutschen ArbeiterInnen‹. Nach einer Woche, am 30. August, wurde der Streik auf bezeichnende Weise in einer konzertierten Aktion der Betriebsleitung, der IG-Metall, den Betriebsräten und den deutschen FordarbeiterInnen zerschlagen. Zusammen mit der Polizei erstürmte eine ›Gegendemonstrati-

on« von deutschen Facharbeitern und Meistern unter dem Motto »Wir wollen Arbeit!« das Werk und die Mitglieder der migrantischen Streikleitung wurden festgenommen. In den folgenden Wochen wurden 100 türkische ArbeiterInnen abgeschoben, einige wanderten ins Gefängnis und 600 weitere wurden gezwungen, ihren Arbeitsplatz selbst zu kündigen. (vgl. Bojadžijev (I) 2002; Frombeloff 1993: 16f.; Betriebszelle Ford 1973; Hildebrandt/Olle 1975; Kleff 1984; Karakayali 2001; WDR Fernsehfilm *Diese Arbeitsniederlegung war nicht geplant* von Thomas Giefer und Klaus Baumgarten, 1982)

»Das ist unser Haus ...« – Mietstreikbewegung in Frankfurt am Main

Denkt man an Kämpfe um bezahlbaren, innerstädtischen Wohnraum Anfang der 70er-Jahre, kommen einem die zahlreichen migrantischen Kämpfe gegen überbelegte Wohnungen und miserable Wohnbedingungen kaum in den Sinn, obwohl damals die Mietstreiks einen wichtigen politischen Bezugspunkt für die radikale Linke in der BRD darstellten (vgl. Karakayali 2000). Viele »Gastarbeiter« begaben sich angesichts der katastrophalen Verhältnisse in den betriebseigenen Wohnheimen und wegen des Nachzugs von Familienmitgliedern auf Wohnungssuche, bei der ihnen der Rassismus der deutschen Mehrheitsbevölkerung entgegen schlug. »Jedes Mal, wenn ich irgendwo nachfragte, hieß es »Sie sind zu spät gekommen, wir haben schon vermietet« oder »Wir vermieten nicht an Ausländer«, berichtet der migrantische Arbeiter Selahattin T. über seine zweijährige, erfolglose Suche (Kleff 1984: 175). Eine der wenigen Möglichkeiten, auf dem Wohnungsmarkt fündig zu werden, waren die in den innerstädtischen Sanierungsgebieten lokalisierten Abbruchhäuser, die vorzugsweise an »Gastarbeiterfamilien« zur so genannten Restnutzung vermietet wurden. Die Wohnungsnot der MigrantInnen war für die Besitzer eine lukrative Einnahmequelle, denn für die nahezu unbewohnbaren Abbruchhäuser konnten horrend hohe Mieten verlangt werden, die oft denen von modernen Luxuswohnungen entsprachen. So verfügten Anfang der 70er Jahre die überbelegten Wohnungen im Sanierungsgebiet Westend in Frankfurt am Main meist weder über ausreichende sanitäre Anlagen, noch über warmes Wasser und funktionierende Heizungen (vgl. Borris 1974: 148-155). Reparaturen wurden von den BesitzerInnen kaum vorgenommen, denn die Häuser sollten nach dem Abriss moderner Bürokomplexe weichen. An den katastrophalen Wohnverhältnissen und überhöhten Mieten entzündete sich der Widerstand der betroffenen MigrantInnen. Nachdem bereits einige italienische MigrantInnenfamilien im Herbst 1970 an den ersten Hausbesetzungen teilgenommen hatten, traten am 10. August 1971 erstmals italienische, türkische und jugoslawische BewohnerInnen des Hauses Ulmenstraße 20 in Frankfurt, eines ehemaligen Pferdestalls, in einen Mietstreik. Sie hängten Transparente aus den Fenstern, verteilten Flugblätter an die NachbarInnen und

PassantInnen, gaben eine Pressekonferenz und schafften es sogar, über ihre Aktion im Hessischen Rundfunk zu berichten (vgl. Stracke 1980: 110). Diese neue Protestform orientierte sich an den Erfahrungen der großen Mietstreikbewegung in den Industriestädten Norditaliens: Einige italienische AktivistInnen der *Unione Inquilini* (Mieter-Union) hatten »Ausländerquartiere« in Frankfurt besucht, mit den BewohnerInnen über deren miese Wohnsituation diskutiert und sie zu Widerstandsaktionen ermuntert. Nun forderte man in mehrsprachigen Flugblättern: »Schluss mit den zu hohen Mieten! Wir wollen nicht in Löchern wohnen! Die Bosse beuten uns Emigranten auch hier noch zusätzlich aus! Wehrt euch gemeinsam durch Mietstreiks! 10% des Lohns für Miete!« (Häuserrat Frankfurt 1974: 109). Im Jahr 1972 weitete sich die Protestform des Mietstreiks zu einer regelrechten Bewegung in Frankfurt aus, auf deren Höhepunkt sich an die 1500 MigrantInnen weigerten, die überhöhten Mieten für die »Bruchbuden« zu entrichten. Man versuchte, die anfängliche Isolation der bestreikten Häuser durch wöchentliche Plenen, Demonstrationen und Straßenfeste zu überwinden. Aus der Mietstreikbewegung entstanden auch andere Formen migrantischen Widerstands. So beispielsweise die »Kindergartenaktion«, bei der migrantische Familien gegen die schlechte Infrastruktur in ihren Vierteln protestierten und mit Demonstrationen und einem Go-in ins Frankfurter Rathaus bezahlbare Kindergärtenplätze einforderten (vgl. Häuserrat Frankfurt 1974: 127-142). Doch auch die Gegenseite formierte sich, um die Aufmüpfigen einzuschüchtern: Die Hausbesitzer überzogen die zahlungsunwilligen MigrantInnen nicht nur mit Zivilklagen, sondern schickten auch regelmäßig angeheuerte Schlägertrupps in die Häuser, die die BewohnerInnen drangsalierten und die Einrichtungen zerschlugen. Bei jeder neuen Mietstreikerklärung zeigte die Polizei stärkere Präsenz. Die Repressionen zeigten Wirkung: Mit dem Beginn der Prozesswelle 1973 mussten die vorhandenen Kapazitäten der Bewegung zusehends für die juristische Unterstützung der Angeklagten eingesetzt werden, so dass die Protestbewegung an Dynamik einbüßte. Zwar verloren die MigrantInnen 90 Prozent der Mietstreikprozesse, aber viele Zwangsräumungen und Ausweisungen konnten verhindert werden (vgl. Strack 1980: 112). Im November 1980 griffen sieben türkische MigrantInnenfamilien in Berlin-Kreuzberg mit einer Hausbesetzung den Kampf für angemessenen und bezahlbaren Wohnraum wieder auf (vgl. Kleff 1974: 179f.).

Obwohl mittlerweile eine ganze Reihe von Publikationen über die Geschichte der Migration nach Deutschland und die Migrationspolitik der BRD zwischen 1955 und 1973 vorliegen (z.B. Bade 1999; Herbert 2001), kommen darin migrantische Kämpfe und deren Einfluss auf die bundesdeutsche Gesellschaft und Migrationspolitik nur am Rande vor. Auch hier sind ArbeitsmigrantInnen hauptsächlich passive Opfer einer repressiven Aus-

länderpolitik und keine handelnden Subjekte in einem rassistischen Lebenszusammenhang, die sich auf vielfältigste Weise gegen ihren rassistischen Ausschluss wehrten (vgl. Dominik 1999: 13ff.). Bei migrantischen Arbeitskämpfen war von den deutschen Teilen der Belegschaft, den vorwiegend deutschen Betriebsräten und Gewerkschaften kaum Solidarität zu erwarten. Sie wussten nur zu gut, dass die inferiore Stellung der ›Gastarbeiter‹ die Grundlage ihres Aufstiegs in der Betriebshierarchie bildete und das korporatistische Modell der BRD ihnen ein gutes Einkommen als Facharbeiter sicherte. Über die ›Differenz‹ zum unterprivilegierten ›Gastarbeiter‹, über die Abgrenzung vom ›Anderen‹, konnte sich der deutsche Facharbeiter darüber hinaus mit seinem hart ersparten Volkswagen, Reihenhaus oder Italienurlaub als Teilhaber am nationalen Reichtum und als Teil des Wirtschaftswunderkollektivs sehen. Setzten sich die MigrantInnen gegen ihre Unterprivilegierung und Ausschluss zur Wehr und stellten damit die bestehende rassistische Ordnung infrage, so forderten die deutschen ArbeiterInnen und Gewerkschaften im Einklang mit der Betriebsleitung ihre Wiederherstellung (vgl. Hall 2004: 116-122). An einer symbolischen Verletzung der beschriebenen rassistischen Ordnung sowie des Überlegenheitsgefühls und Nationalismus der deutschen ArbeiterInnen in Abgrenzung zum inferioreren ›Gastarbeiter‹ entzündete sich auch der bis dahin größte von Gewerkschaften getragene Protest gegen die Gastarbeiterbeschäftigung: der so genannte BILD-Streik. Im Krisenjahr 1966 gab die BILD-Zeitung eine Rede des *Bund Deutscher Arbeitgeber* (BDA) Vizepräsidenten Hanns-Martin Schleyer mit der Schlagzeile »Gastarbeiter fleißiger als deutsche Arbeiter?« wieder. Gegen diese »Verunglimpfung unserer deutschen Landsleute« (IG Metall-Vorstandsmitglied G. Stephan) gingen massenhaft deutsche ArbeiterInnen auf die Straße, wobei es zu zahlreichen gewalttätigen Übergriffen auf MigrantInnen kam (vgl. Schönwälder 2001: 170-178). Der im Jahr 1973 erlassene Anwerbestopp war dann auch weniger der heraufziehenden ökonomischen Krise geschuldet, sondern sollte vielmehr der Entscheidung vieler MigrantInnen, trotz aller Rassismen die BRD als ihren Lebensmittelpunkt zu betrachten, entgegenwirken. Das misslang gründlich, denn die MigrantInnen nutzten nun das Recht auf Familienzusammenführung, um die Familie und FreundInnen nach Deutschland nachkommen zu lassen. Darüber hinaus markiert der Anwerbestopp den Zeitpunkt, an dem ein rassistischer Diskurs hegemonial wurde, der MigrantInnen zum »Problem« für den »gesellschaftlichen Frieden« und somit zu einer »politischen und sozialen Gefahr« für die BRD erklärte (Schönwälder 2001: 544). Dieser Diskurs ist sicher auch als ›Reaktion‹ auf den zunehmend offensiven Widerstand von MigrantInnen zu verstehen, der sich gegen die rassistische Überdeterminierung der Ausbeutungsverhältnisse richtete und die rassistische Ordnung angriff.

Literatur

- BADE, KLAUS J.|Europa in Bewegung: Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart|München 1999
- BETRIEBSZELLE FORD DER GRUPPE ARBEITERKAMPF|Streik bei Ford/Köln|Köln 1973
- BOJADŽIJEV (I), MANUELA|Deutsche und ausländische Arbeiter: Ein Gegner – ein Kampf? Antirassistische Kämpfe – Methodische Fragen, historische Entwicklungen|In: Demirović, Alex; Bojadžjev, Manuela (Hrsg.)|Konjunkturen des Rassismus|Münster 2002
- BOJADŽIJEV, MANUELA|Antirassistischer Widerstand von MigrantInnen in der Bundesrepublik Deutschland|In: Bratić Ljubomir (Hrsg.)|Landschaften der Tat. Vermessungen, Transformationen und Ambivalenzen des Antirassismus in Europa, St. Pölten|Österreich 2002
- DELPEL, V./SCHMIDT, L./WOHLFAHRT, K.|Gewerkschaftliche Betriebspolitik bei Ford|In: Jacobi, O./Schmidt, E./Müller-Jentsch, W. (Hrsg.)|Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1974|Frankfurt/Main 1974
- BORRIS, MARIA|Ausländische Arbeiter einer Großstadt – Eine empirische Untersuchung am Beispiel Frankfurt|Frankfurt/Main 1974
- DOMINIK, KATJA U.A.|Einleitung|In: Dies. (Hrsg.)|Angeworben – eingewandert – abgeschoben: Ein anderer Blick auf die Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland|Münster 1999
- DUNKEL, FRANZISKA/STRAMAGLIA-FRAGGION, GABRIELLA|Für 50 Mark einen Italiener|In: Kulturreferat der Stadt München (Hrsg.)|Zur Geschichte der Gastarbeiter in München|München 2000
- ERYILMAZ, AYTAÇ|Das Leben im Wohnheim|In: Ders./Jamin, Mathilde (Hrsg.)|Fremde Heimat – Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei|Essen 1998
- FROMBELOFF (Hrsg.)|... und es begann die Zeit der Autonomie. Politische Texte von Karl Heinz Roth u.a.|Hamburg/Berlin/Göttingen 1993
- HA, KIEN NGHI|Ethnizität und Migration|Münster 1999
- HALL, STUART|Das Spektakel des »Anderen«|In: Ders.|Ideologie, Identität, Repräsentation|Ausgewählte Schriften 4|Hamburg 2004
- HÄUSERRAT FRANKFURT|Wohnungskampf in Frankfurt|München 1974
- HERBERT, ULRICH|Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge|München 2001
- HILDEBRAND, ECKART/OLLE, WERNER|Ihr Kampf ist auch unser Kampf|Offenbach 1975
- HUTH-HILDEBRANDT, CHRISTINE|Germanozentrismus oder interkulturelles Denken?|In: Schultze, Marion (Hrsg.)|Fremde Frauen. Von der Gastarbeiterin zur Bürgerin|Frankfurt/Main 1992
- KARAKAYALI, SERHAT|Across Bockenheimer Landstraße|In: Diskus|2/2000
- KARAKAYALI, SERHAT|Sechs bis acht Kommunisten getarnt in Monteursmänteln|In: Kölner Stadtrevue|10/2001
- OSWALD, ANNE V.|Arbeitseinsatz der »Gastarbeiter« im Volkswagenwerk (1962-1974/75): Wolfsburger Sonderfall oder bundesdeutscher Normalfall?|In: Dominik, Katja u.a. (Hrsg.)|Angeworben – eingewandert – abgeschoben: Ein anderer Blick auf die Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland|Münster 1999
- SCHÖNWALDER, KAREN|Einwanderung und ethnische Pluralität: Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren|Essen 2001
- SCHUELER, HANS|Roter Import aus Rom|In: Die Zeit 10/1972
- STRACKE, ERNST|Stadtzerstörung und Stadtteilkampf in Frankfurt am Main|Köln 1980
- WALLERSTEIN, IMMANUEL|Die Sozialwissenschaft »kaputt denken«|Weinheim 1991